

Merseburger Kreisblatt.



Abonnementspreis: Vierteljährlich bei den Zustellern 1,20 Mk., in den Ausgabestellen 1 Mk., beim Postbezug 1,50 Mk., mit Postgebühren 1,92 Mk. Die einzelne Nummer wird mit 16 Pf. berechnet. Die Expedition ist an Wochentagen von früh 7 bis abends 7, an Sonntagen von 8½ bis 9 Uhr geöffnet. — Druck und Vertrieb der Redaktion abends von 6½ bis 7 Uhr.

Inserentengebühr: Für die 5 gepaltene Korpuszeile über deren Raum 20 Pf., für Probezeile in Merseburg und Umgebungen 10 Pf. Für vertriebs- und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung. Komplizierter Satz wird entsprechend höher berechnet. Notizen und Briefe außerhalb des Inlandanteils 40 Pf. — Samtliche Annoncen-Bureaus nehmen Inserate entgegen.

Tageblatt für Stadt und Land.

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikations-Organ vieler anderer Behörden.)
Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokal-Nachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 123.

Freitag, den 28. Mai 1909.

149. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Das Abblen von **Schutt und Asche** hat von jetzt ab wieder auf dem Schuttabladepfad an der **Leunacstraße** und nicht mehr auf dem **Seminargrundstück** zu erfolgen. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Straßenpolizei-Ordnung bestraft. (1178)
Merseburg, den 24. Mai 1909.
Die **Polizei-Verwaltung**.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsversteigerung sollen die in Merseburg belegenen, im Grundbuche von Merseburg Band 80 Blatt 1317 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des **Gastwirts Emil Koch** hier eingetragenen Grundstücke: Kartenblatt 1 Barzelle 283/29, Kartenblatt 1 Barzelle 289/30, bekanntes Grundstück mit Hofraum und Hausgarten, ein Gehöft mit Zubehör, Amtshäuser 8a in Größe von 3 a 80 qm und 29 a 10 qm mit einem Gebäudeversteigerungsumsatz von 1330 Mk.,
am 17. Juli 1909, vormittags 9 Uhr durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 19 versteigert werden. (1179)
Merseburg, den 25. Mai 1909.
Königliches **Amtsgericht**.

Zur Reichsfinanz-Reform.

Merseburg, 27. Mai.
Die innerpolitische Lage wird durch den Gang, welchen die Finanzreform bisher genommen hat, immer verwoirener. Man weiß nicht bestimmt, welches letzte Ziel der Herr Reichskanzler im Auge hat, weiß nicht, ob sich der Herr Reichsfinanzsekretär mit dem Fürsten Reichskanzler im Einklang befindet, weiß nicht, ob der Bundesrat, falls es im

Reichstage schließlich zu einer Einigung kommen sollte, mit den Beschlüssen des Reichstages sich einverstanden erklären würde und weiß nicht, ob der Bloch weiter bestehen oder ob Zentrum wieder Trumpf werden wird. Nichts ist mit einiger Sicherheit anzugeben, als nur das, daß der Fürst Reichskanzler seitens der Krone völlig freie Hand bekommen hat und daß auch in hohen Regierungskreisen gegen die konservativ-liberalen Abmachungen Abneigung besteht. Ob diese Abneigung aber aus dem Reichskanzler-Palais oder aus dem Reichsschatzamt den „Verl. Polit. Nachr.“ behufs Veröffentlichung zu erkennen gegeben worden ist, weiß man wiederum nicht. Nun wird nach ein neues Moment in die Debatte geworfen: Die Polen.

Offiziell wird nämlich angedeutet, eine Finanzreform, zu deren Zustandekommen die Polen mitgewirkt, wolle man nicht. Das läßt darauf schließen, daß man noch immer die Hoffnung hat, die Finanzreform schließlich doch mit dem Bloch machen zu können. Die Aussichten zu solchem Gelingen stehen aber zur Zeit herzlich schlecht, denn die Liberalen, einschließend der Nationalliberalen, sind nicht geneigt, die 400 Millionen indirekter Steuern früher zu bewilligen, als die Konservativen die Erbschaftsteuer zugelassen haben, was diese wiederum entschieden ablehnen.

Es liegen heute zwei charakteristische Kundgebungen vor, erstlich ein Artikel der „Konservativen Korrespondenz“, der erkennen läßt, daß die konservativen Reichstagsabgeordneten die Auffassung vertreten, die Besteuerung der Wertpapiere, die Umsatz- und die Wertzuwachssteuer liegen sich sehr wohl in der Praxis durchzuführen und die Auslösung des Bankdirektors Geh. Rat **Witting**, der auf entgegengelegtem Standpunkt steht und von einer etwaigen Annahme dieser Vorschläge schwere Schädigungen für unter gesamten

Verkehrs- und Handelsleben auf Jahre hinaus befristet.
Wir lassen beide Auslassungen unten im Wortlaut folgen.

Der Reichskanzler und die Konservativen.

Wie die „Neue Preuss. Korr.“ hört, ist der Reichskanzler mit der Entwicklung der Dinge in der Finanzkommission sehr unzufrieden. Er erblickt darin, daß die Mehrheitsbildung bei der Abstimmung über die konservativen Anträge mit Hilfe der Polen erfolgt ist, eine Gefahr für die allgemeine, namentlich preussische Politik. Er könne sich nicht verhehlen, daß die Beschlüsse der Kommission auf die Ostmarkenpolitik, in die er, wie auch seine ererbtenen Gegner zugeben müssen, Stetigkeit und Zielbewußtsein gebracht habe, einen ungünstigen Einfluß ausüben müssen, da die Konservativen nunmehr gezwungen seien, den Polen auf diesem nationalen Gebiete Zugeständnisse zu machen. Mitverantwortlich für diese Wendung der Dinge sei der Reichsfinanzsekretär, der es den Konservativen gegenüber an Entschiedenheit und Selbstständigkeit habe fehlen lassen.

* Berlin, 26. Mai. Die neueste Nummer der „Konservativen Korrespondenz“ befaßt sich nochmals an leitender Stelle mit den neuen Steuerentwürfen der Konservativen. Die Korrespondenz bringt einen längeren Artikel, der die Gründe darlegt, aus denen von konservativer Seite die Anträge zu einer Besteuerung des Vermögens gestellt worden sind. Der Artikel widerlegt die Behauptung, daß diese Anträge technisch und durchführbar oder oberflächlich aufgestellt seien und schließt mit den Worten: „Wie man sich auch zu ihnen (den konservativen Anträgen) stellen mag, sachlich ist gegen die konservativen Vermögens-

anträge nicht viel einzuwenden. Ihre Einbringung ist lediglich durch das Verlangen derjenigen Stellen verursacht worden, die in erster Linie dazu berufen gewesen wären, die sich aber leider nicht der Aufgabe gewachsen gezeigt haben. Der Unentschiedenheit und Jaghaftigkeit sollte und mußte ein Ende gemacht und der praktischen Politik ein Weg gewiesen werden.“

Aus der Finanzkommission des Reichstages.

* Berlin, 26. Mai. In der heutigen Sitzung der Finanzkommission des Reichstages wurde weiter beschlossen, den Zigarettenabakal vom Wertzuschlag zu befreien. Der Zoll für eingeführte Zigarettenabakal wird von 800 Mark auf 1200 Mark erhöht, während noch für eingeführte Zigaretten eine Erhöhung von 400 Mark angenommen wurde. Damit ist die Tabaksteuer in zweiter Lesung erledigt. Das Gesetz tritt am 1. Oktober 1909 in Kraft. Nach einer Pause begann die Finanzkommission die Beratung der Branntweinsteuer-Vorlage.

* Berlin, 26. Mai. Ein Teil der Ertragsteuern ist als Gesamtantrag der Konservativen heute, Mittwoch, nachmittag in der Finanzkommission eingegangen, und zwar eine Erhöhung des Kaffeezolls für rohen Kaffee um 50 Prozent, für gebrannten um 33½ Prozent; des Teezolls von 25 auf 50 Prozent pro Doppelzentner.

Geheimrat Witting über die Reichsfinanzreform.

* Wien, 26. Mai. Geheimrat Witting, der bei den Verhandlungen über die Reichsfinanzreform eine bedeutende Rolle spielt, erklärte dem Korrespondenten der „Neuen

Maren Grishjen.

Roman von J. Sobst.

Wie stets, wenn Maren bei den Geschwistern zu Gast wollte, so lehrte auch diesmal Frieden und häusliches Wohagen ein. Alles ordnete, alles ebnete sich unter ihrer unsicheren Leitung. Altmuth ließ ihre freie Hand; sie war froh, aller Verantwortung ledig zu sein. Selbst als sie erfuhr, daß die Köchin Minna nur ihrem Manne Rechnung abzulegen hatte, begnügte sie sich mit einem Aufschreien und ließ der Sache ihren Lauf. Sie hätte sich wieder ihrer Lebensart hingeeben und konnte Kundenlang auf dem Kuchentisch liegen, wenn sie ihren Mann auf Berufswegen mußte. Maren ließ sie gewähren; das Leben war immer noch besser, als wenn sie so oft zu Schuldes lieh.
Das Ehepaar mißfiel Maren sehr und sie gab Hans Oluf recht, daß er diesen Wert ihr nach Möglichkeit einschränkte. Da aber Altmuths zu seinen Patienten gehörten, durfte er sie nicht beleidigen. Seine Praxis holtte sich wieder vorwärts, und Maren sah voller Vertrauen in die Zukunft, wenn sich Fallner's auch vorläufig sehr einschränken mußten. Altmuth litt am meisten darunter und klagte, sie müsse wie ein Mädchenbildt gehen.
„Dein Winterkleid ist noch neu, Altmuth“, erwiderte Maren, „was tut's, wenn es nicht ganz modern ist?“ Freue dich doch über Deinen gefunden Knaben, was verlangst Du noch mehr! Meinst Du nicht, daß Frau

Schulz Dir diesen Schatz neidet? Sie gäbe sich gerne alle ihre Prachtgewänder hin, wenn sie ein solches Kind ihr eigen nennen dürfte.“
„Glaubst Du Maren? Sie sagt doch stets, kleine Kinder seien ihr ein Schmel.“
„Das sagen viele, weil sie ihre Sehnsucht nicht eingestehen wollen.“
„Und der Professor drückt oft heimlich unsern Jungen ans Herz, Maren“, erzählte die junge Frau, „aber seine Frau darf es nicht sehen.“
„Vielleicht wird ihre Ehe noch gelungen.“
„Sie hat mir einmal erzählt, sie würde nie Kinder haben.“
„Arme Frau! Datum sucht sie sich mit allerhand ängereim Tand zu betäuben. Sei froh, daß Du Deinen Knaben hast. Doch wo bleibt Dein Mann? Er wollte mit uns nach Silberholz, ich muß ja heute von meinem Verlobungsplatz Abschied nehmen.“
„Hans Oluf ist sicher bei dem Kleinen“, rief Altmuth und ihre Augen flackerten in unheimem Licht. „Nichts geht ihm über das Kind. Erst kommt der Beruf, dann Hans Oluf und für mich bleibt nichts.“
„Du übertreibst.“
„Ich übertreibe, sagst Du!“ Die Aufregung der jungen Frau steigerte sich sichtlich. „Soll ich Dir noch mehr sagen? Weist Du, wen er mir noch vorzieht — wer den ersten Platz bei ihm einnimmt? Du bist es, Maren, Du allein! Du schenst er Vertrauen, Achtung, Liebe —“
„Du bist von Sinnen! Ich bitte Dich, schweige!“

„Nein, ich lasse mir nicht immer den Mund verbieten. Du hast Hans früher geliebt, und wenn Du es auch verdirgt, Du liebst ihn noch! Und ich bin eine arme betrogene, verlassene Frau!“
„Was soll diese Szene?“ fragte Dr. Fallner von der Türe her und blickte auf die schluchzende Frau. „Du weinst und ich denke, Du kannst es nicht erwarten, daß wir nach Silberholz gehen.“
„Es ist nichts, Hans Oluf. Altmuth wird sich zusammennehmen und mir nicht den letzten Tag meines Lebens mit ihren Klauen verderben“, erwiderte Maren in ungewöhnlich strengem Ton und legte ihre Hand schwer auf die Schulter der Schluchzenden. „Verfinne Dich, Altmuth! Du siehst, Dein Mann wartet auf uns.“
In ein stilles Gespräch vertieft, schritt Fallner bald darauf neben Maren hin, während Altmuth verdrossen folgte. Doch als sie in Silberholz ankamen, wohin der herrliche Herbsttag noch eine Anzahl starker Menschen gelockt hatte, lebte sie auf und war die Lustigste von allen. Der Zufall wollte es, daß das Ehepaar Schulz mit der „Möwe“ herausgeleitet war und nun in dem Glauben, Altmuth einen großen Gefallen zu tun, von Dr. Fallner die Erlaubnis erbat, die junge Frau auf der „Möwe“ heimzubringen. Högernd folgte Altmuth der Einladung; Hans Oluf bemerkte es mit Befremden, bis er einen Blick seiner Frau auffing, mit dem diese beim Weggehen Maren freiste. Das sah ja aus wie helllobernde Eifersucht! Fallner sah,

wie seine Schwägerin erwiderte, das raubte ihm für einige Minuten die Unbefangenheit, und es herrschte ein verlegenes Schweigen zwischen beiden.
„Wollen wir nicht zu der Bank gehen, Maren?“ fragte Hans Oluf endlich.
„Ja, komm, laß uns gehen.“
(Fortsetzung folgt.)

Bemerktes.

* Dresden, 26. Mai. Umweil des Demologischen Instituts zu Dresden ist der Witz in einem allseitigen Baum, unter dem mehrere Feldarbeiter einen Schatz gefunden hätten. Ein Mädchen wurde erschlagen und zwei Frauen erlitten Brandwunden. In Wochau im Kreis Neustadt traf der Witz bei auf dem Heide arbeitenden Frauen, deren eine getötet wurde. Die beiden anderen wurden nur betäubt. Ferner wurde in Witzau ein Arbeiter und in Wymyslowo ein 16jähriger Arbeitsschüler vom Witz er schlagen.
* Gern, 24. Mai. Der Versicherungsinspektor, Leutnant v. Wei, Friedrich Sater, der kürzlich in Weimar den Steinerden Raub im Zweifelsfall erschloß, wurde vom Reichsgericht der 88. Division zu zwei Jahren, einem Monat Gefängnis verurteilt.
* Frankfurt, 26. Mai. Heute früh wurde in der Nähe von Gernsbach die Leiche des 19jährigen Hausdieners Ballin aus Berlin auf dem Weis der Nordbahn aufgefunden. Selbstmord erscheint ausgeschlossen, vielmehr ist anzunehmen, daß Ballin erschlagen und dann auf das Weis geworfen worden ist. Die angeklagten Ermittlungen ergaben, daß Ballin getrennt in einem Lokal gewesen ist und um Arbeit nachgelaufen hat.
* Rom, 27. Mai. Während des Feuerwerks auf dem Campo di Saffari pläzte plötzlich ein Bomben. Einem Manne und einem Kinde wurde die Gehirnhöhle geschnitten, einer Frau ein Bein abgerissen und außerdem wurden sieben andere Personen schwer verletzt.

Freien Presse: Das Finanzdrama ist auf dem Höhepunkt angelangt. Die Vorlagen der Regierung liegen zu erheblichen Teilen am Boden, der Rest ist gesprengt und die konservativ-meritale Majorität bereits in Aktion. Auch ein Personalwechsel würde an den Dingen momentan nichts ändern, selbst eine Reichstagsauflösung würde voraussichtlich zwar den Konservativen schwere Niederlagen bringen, die Finanzreform selbst aber kaum fördern. Wenn der Reichshofische Antrag Gesetz werden sollte, was jetzt beinahe den Anschein hat, dann erleiden Deutschlands Handel und Verkehr Wunden, die Jahrzehnte hindurch brennen werden. Es wäre recht bedenklich, darauf zu bauen, daß die Regierung derartige Vor schläge, wie die Reichshofischen, nicht akzeptieren könne, die beiläufig die Berliner Börse auf das Niveau der von Magdeburg erzielten würden. Kann und darf eine Regierung, die in Zeiten so schwerer finanzieller Finanznot von einer kompakten Majorität fünf hundert Millionen neue Steuern präsentiert worden, diese fast lächelnd ablehnen? Gewiß, der Reichskanzler, wohl auch der Schatzsekretär und auch der eine oder andere Minister würden kurz vor oder nach der Annahme einer so gefalteten Finanzreform den Platz räumen, aber wäre dabei etwas gewonnen? Die Abfertigung der Frage kann nur aus dem Kreise der Liberalen selbst kommen, die es aufgeben müssen, die Bedrückten zu spielen und retten sollten, was noch zu retten ist. Die Finanzreform muß aus den Kämpfen von Blod und Antilod heraus, die Rämpfen von einer Majorität aus allen bürgerlichen Parteien zustande gebracht werden. Für die Besteuerungen muß eine Formel gefunden werden, die jeden Besitzübergang unter Lebenden und von Toten reichsabgabepflichtig macht und zugleich den gebundenen Besitz mit einer periodischen Steuer belegt. Was dann noch an Besteuerungen fehlt, muß durch Steuern auf das mobile Kapital ergänzt werden, wobei vielleicht in erster Reihe an eine Todessteuer beziehungsweise Reichsgewerbesteuer der Altengeldlichen gedacht werden kann. Für so konstruierte Besteuerungen muß sich eine Majorität finden, die dann auch freilich zur Bewilligung der vier hundert Millionen indirekter Steuern sich entschließen muß.

Beamten-Vestrebungen.

Offiziös schreiben die „Berlin. Polit. Nachr.“: „Den Beamten war in der am 18. April d. J. in Berlin abgehaltenen allgemeinen Versammlung von einigen Rednern empfohlen worden, sich zu großen Verbänden zusammenzuschließen und in einmütigem Handeln darin gemeinsame Ziele zu verfolgen. Infolge dieses Vorgehens hat der Minister der öffentlichen Arbeiten einen aus dem Jahre 1905 stammenden Erlaß in Erinnerung gebracht, wonach das Bestreben, Verbesserungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Staatsbeamten durch Bildung von Beamtenvereinigungen durchzuführen, welche politische Macht und dadurch Einfluß auf Regierung und Landtag gewinnen wollen, mit den Pflichten des Staatsamts unvereinbar ist. Einige Tagesblätter bezeichnen diesen Erlaß mit Innehalt als eine Beinträchtigung der den Staatsbeamten verfassungsmäßig zustehenden Rechte. Durch den Erlaß wird den Beamten keineswegs die politische Betätigung unterlagert. Sie können sich ungehindert den verschiedenen Parteien des Landes anschließen, soweit deren Ziele nicht auf den Umsturz des Staates gerichtet sind, dem die Beamten dienen. Nur sollen sie nicht durch Zusammenschluß ihrer Vereine eine politische Gruppe bilden wollen, die lediglich bezweckt, ihre Standesforderungen mittels Druck auf Regierung und Landtag durchzusetzen. Ein derartiges Vorgehen stimmt nicht mit der Pflicht der Beamten überein, die Gesetze und Anordnungen, welche von den verfassungsmäßigen Organen des Staates ausgehen, zur Ausführung zu bringen, und läuft darauf hinaus, daß umgekehrt die Beamtenvereinigungen zu bestimmen versuchen, wie die Stellung der Beamten geregelt werden soll, was sie zu leisten und wem sie zu gehören haben. Daß Ordnung nicht bestehen kann, wenn von unten nach oben befohlen wird, statt von den Stellen, welche allein für die Rettung dem Lande verantwortlich sind und sein können, liegt auf der Hand. Bewegungen, welche in dieser Richtung unter Beamten anderer Staaten hervorgerufen sind, haben deutlich gezeigt, zu welchen verheerlichen Wirkungen für das ganze Volksleben derartige Unternehmungen führen; das Ergebnis war überall, daß die öffentliche Meinung schon in entscheidender Weise gegen die Beamten Stellung nahm und diese zu dem gewollten Ziele nicht gelangten. Von dem gefunden

Sinne unserer Beamten ist zu erwarten, daß sie, wie schon in wiederholten Kundgebungen der letzten Zeit ersichtlich geworden ist, die Versuche, sie von ihren Pflichten abzulenkten, mit Nachdruck zurückweisen werden.“

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 26. Mai.
In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhaus wurde, nachdem einige weniger wesentliche dritte Lesungen ohne Debatte erledigt waren, bei der dritten Lesung des Stempelsteuergesetzes alsbald in die Beratung des Fahrradstempels eingetreten.

Ein Zentrumsantrag wollte diesen Stempel allgemein auf 150 M. festsetzen, bei gewerblichem und beruflichem Gebrauch und für Schüler auf 50 Pfennige ermäßigen. Die Linke beantragte Ablehnung und namentliche Abstimmung. Die Verhandlung nahm einen sehr lebhaften Charakter an.

Abgeordneter von Fries (L.) beantwortete den Zentrumsantrag, Abg. Waldstein (fr. Weg.) und Abg. Kelnert (Soj.) die Ablehnung der Steuer.

Der Finanzminister Frhr. von Rheinbaben wies auf die Notwendigkeit hin, Ersatz für den Ausfall durch im Interesse der Mittelbermittelten vorgenommenen Steuerermäßigungen zu schaffen. Nach den beständigen Bestimmungen brähe ein Stempel von 50 Pf. niemanden.

Ein Kommissar des Finanzministers schickte Ausführungsbestimmungen zu, welche eine lokale Ausführung verbürgen und jede Belastigung der Radfahrer verbieten sollen. Abg. Freiliger von Kitzhofen (L.) führte namentlich aus, daß die Herabsetzung des Jagdpachtstempels gegen die Regierungsvorlage nur im Interesse der bäuerlichen Ackerbesitzer erfolgt sei.

Der Finanzminister erklärte dann den Zentrumsantrag dahin, daß Arbeitern, welche das Rad von der und zur Arbeitsstelle benutzen, die Ermäßigung auf 50 Pf. zuteil werden soll, auch wenn sie das Rad am Sonntag zu ihrem Vergnügen benutzen. Nach kurzer Spezialdebatte wurde der Antrag des Zentrums in namentlicher Abstimmung mit 127 gegen 107 Stimmen angenommen. Die Konservativen stimmten geschlossen dafür, die Linke geschlossen dagegen, Zentrum und Freikonservative getrennt.

Der Minister ein liberaler Antrag, auch die Reitpferde zu besteuern, mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Darauf wurde das Stempelsteuergesetz im Ganzen ohne Widerspruch angenommen.

Der Antrag von Bühlendorff-Röhl (L.) wegen Wenderung der Kreisordnung wurde von der Tagesordnung abgesetzt und nach unentschiedener Debatte auch der Gesetzentwurf betreffend den Zusatzkosten der Geistlichen der allgemeinen Landesliste, in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Nachdem ohne Debatte der Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung des Landespolizeibezirks Berlin definitiv angenommen war, begründete Abgeordneter Geißler (S.) die Interpellation, betreffend Mißstände bei der Zalsperre an der Wölsfel in der Gasshafflag.

Der Minister für Landwirtschaft legte dar, daß zwecks richtiger Konstruktion der Zalsperre unter sachkundiger Leitung Versuche vorgenommen werden müßten, welche eine Ueberschwemmung verursächten. Die Zalsperre sei durchaus standfester, der Schaden werde ersetzt werden. Hierauf wurde von der Versprechung der Interpellation abgesehen. Dann wurden noch einige Wahlprüfungen vorgenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Herrenhaus.

Berlin, 26. Mai.
Im Herrenhause zeitigte die heutige Sitzung beim Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung einen kleinen Disput zwischen dem Hildesheimer Stadtoberhaupt Straußmann und dem Handelsminister Delbrück. Es handelte sich um einen Erlaß des Ministers, der anordnet, daß der Festsetzung der Invalidenrenten eine mündliche Verhandlung mit Rentennennern vorausgehen soll. Der Minister erklärte diesen Erlaß mit der Erfahrungstatsache, daß vielfach zu hohe Renten bewilligt würden, wenn der Rentenempfänger nicht durch persönliches Erscheinen eine Prüfung seines Körperzustandes möglich mache.

Herr v. Klitzing befragte sich über Umgehung der Vorschriften über das Stellen-

vermittlungswesen. Der Minister konnte sich diesen Beschwerden gegenüber darauf berufen daß er alles getan, was in seinen Kräften steht, um den unzulässigen Mißständen Einhalt zu tun. Dann wurde der Handels- und Gewerbeetat erledigt, und ebenso ohne Debatte eine Reihe kleinerer Etats.

Beim Eisenbahnetat wurden wieder eine Reihe Beschwerden und Anregungen laut: Bessere Jugendschiffe spielten eine große Rolle, und das Unglück bei Herlisheim gab dem Grafen Hutten-Czapstli Veranlassung, die elektrische Bugbeleuchtung zu verlangen.

Minister v. Breitenbach befrucht, daß die Gasbeleuchtung an der Einschüderung des Juges bei Herlisheim die Schuld trage, im Gegenteil, gerade von dem elektrisch beleuchteten Hofwagen sei der Brand ausgegangen, und die letzte Ursache der Inbrandsetzung aller Wagen seien die überall hingeschleuderten glühenden Kohlen aus der Lokomotive gewesen. Die Fachleute des In- und des Auslandes gäben der Gasbeleuchtung den Vorzug, wo man elektrisch beleuchtete, sei man vielfach zum Gase zurückgekehrt.

Herr v. Klitzing forderte größere Sparfamkeit bei Bahnhöfenbauten, und von der unentgeltlichen Gewährung von Handtuch und Seife in den Augusthäfen wollte er ebensowenig etwas wissen wie von den Freifahrtsgeldern der Eisenbahnbeamten und dem „Unfang“ der Abonnementskarten.

Nach weniger verkehrsfremdlich gab sich Herr v. Büg: Nach seiner Meinung geschleht für die vierte Klasse zwei, soviel, daß man sich wirklich erkundigen müßte, ob man nicht lieber öfter, als erster Klasse fahren sollte. Auch forderte er eine Spelwogenpeyre für die Reisenden dritter Klasse.

Der Minister wies diese Klagen zurück.

Der Etat wurde genehmigt, ebenso nach kurzer Erörterung der Bauetat.

Der Zusatzetat war in wenigen Minuten bewilligt.

Beim Etat des Ministeriums des Innern wurden scharfe Maßregeln gegen die Rattogen, die Spielerei mit dem Revolver und die Unsitlichkeit in jeder Form gefordert und vom Minister v. Moltke auch zugesagt.

Dann genehmigte das Haus den Etat im ganzen und vertagte sich bis in die zweite Hälfte des Juni.

Politische Ueberblick.

Deutsches Reich.

Berlin, 26. Mai. (Hofnachrichten.) Se. Maj. der Kaiser hörte heute im Neuen Palais bei Potsdam Worträge des Chefs des Zivilkabinetts, des Chefs des Militärkabinetts und des Chefs des Admiralstabs der Marine.

Breslau, 26. Mai. Im Befinden des Kardinals Fürstbischof Kopp sind die katastrophalsten Erscheinungen etwas zurückgegangen. Der Schwerezustand des Herzogs ist immer noch gefährlich; eine weitere Verschlechterung ist indessen nicht eingetreten.

Locales.

Merseburg, 27. Mai.

Herr Regierungspräsident Freiherr v. D. Nieck geht, wie verlautet, nach Uebertitt in den Rufstand seinen Wohnsitz vorläufig nach Dresden zu verlegen.

Herr Medizinalrat Dr. Schneider wird auf seinen Antrag in Kürze nach Gelsenkirchener (Regierungsbezirk Auenberg) als Kreisarzt versetzt werden.

Von der Königl. Regierung. Der bisherige Königl. Landrat, jetzige Regierungsrat Friedrich in Lönning ist der hiesigen Königl. Regierung zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen.

Beamtengehälter und Steuerzuschläge. Das preussische Staatsministerium hat sich in seiner letzten Sitzung mit den Ausführungsbestimmungen zu den Beamtenbesoldungsgesetzen beschäftigt, die Besoldungsgesetze genehmigt und Rücksprache über die Neubestellung des Kultusministeriums gepflogen. Die Ausschaltung der höchsten Gehälter und die Nachzahlung der Wohnungszuschläge für sechs Quartale wird im Laufe des Juni erfolgen, spätestens am 1. Juli bei der Gehaltszahlung. Die Vorarbeiten für die Ausschaltungen (Berechnungen usw.) sind bei allen Behörden erledigt. Formell müssen aber die Ausführungsbestimmungen noch abgemartet werden, so daß eine Pfingstfreude in Gestalt der Nachzahlungen noch nicht möglich ist. Für die Eintreibung der Zuschläge zur Ein-

kommissionen vom Finanzministerium an die Gemeindevorwaltungen die vorläufige Anordnung ergangen, die Zuschläge zusammen mit der Steuerate des ersten Quartals zu erheben. Sollten diese aber bereits gezahlt sein, so sollen die Zuschläge erst zusammen mit der Steuerate für das zweite Quartal eingezogen werden. Sobald die Besoldungsgesetze vom König unterzeichnet und amtlich publiziert sein werden wird diese Veranlagung offiziell zur Kenntnis gegeben werden. Die jetzige vorläufige Anordnung ist nur ergangen, um die Gemeinden rechtzeitig vorzubereiten. Die Unterzeichnung der Gesetze dürfte noch im Laufe des heutigen Tages und die amtliche Publikation gleich darauf erfolgen.

Beförderung von 1600 Offizieren zu Regierungsstellen. Eine den meisten Offizieren hochvollkommene Nachricht findet sich in der soeben erschienenen Nummer der Rundschau für den deutschen Juristenstand „Das Recht“. Diese Zeitschrift schreibt nämlich: „Die dem Bundesrat vorliegende Rechtsverfängerordnung eröffnet für die große Zahl überzähliger Offiziere günstige Anstellungsaussichten, indem nach § 38 Abs. 1. Verfassungsgesetz als Spruchbehörden erster und (§ 91 Abs. 1) Oberverwaltungsämter als Spruchbehörden höherer Ordnung in Aussicht genommen sind. Für Verfassungsgesetz wird für jeden Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde errichtet, ein Oberverwaltungsamt für diesen der höheren Verwaltungsbehörde. Jedem Verfassungsgesetz steht ein Verfassungsgesetzamt, dem Oberverwaltungsamt ein Direktor vor, welche für den höchsten Verwaltungsdienst bzw. für das Richteramt bestellt sein müssen. Da es nach einem vom Reichsverfassungsgesetz amtlich angefertigten, in den amtlichen Nachrichten 1906 S. 517 ff. veröffentlichten Verzeichnisse in Deutschland 1600, davon in Preußen 825, untere Verwaltungsstellen gibt, haben etwa 1600 Offiziere Aussicht auf Anstellung, und zwar mit dem Range und Gehalt der Regierungsämter.“ (Hoffentlich ist's wahr! Die Red.)

Der sechste Regen ist endlich eingetreten und ins Erdreich eingedrungen; leider läßt der Saatenstand des Wintergetreides viel zu wünschen übrig, und auch das Sommergetreide berechtigt nicht zu besonderen Hoffnungen.

Wetterbericht für die nächsten Tage. Der Wetterbericht der Seewarte, die dafür verantwortlich ist, besagt: Freitag, 28. Mai: Schön, heiter, wärmer; Sonnabend, 29. Mai: Wenig verändert, schön, frischweiser Regen; Sonntag, 30. Mai: Rest heiter, schön, normal, frischweiser Gewitter; Montag, 31. Mai: Wenig mit Sonnenschein, schön, Gewitter; Dienstag, 1. Juni: Wolke, teils heiter, wärmer. — Wer diese Prognose für zuverlässig hält, kann eine Pfingsttage entsprechend einrichten. (Zuverlässig für die Tagesprognose in den Sommermonaten hat sich bisher fast immer die Wolkensbildung am nördlichen Turm des hiesigen Schlosses erwiesen; ist über der Turmspitze morgens gegen 6 Uhr der Horizont rein, so pflegt das Wetter den ganzen Tag über schön zu bleiben; ist wenig Wolkensbildung, so gibt es Strichregen, steht aber die Turmspitze im Schmarzen oder grauen Jelden, so gibt es tagelange anhaltenden Regen. Die Red.) Das „Weißes Tot.“ schreibt: „Wolle Aufsehterung wird sich allmählich vollziehen und ist mindestens am Freitag im Laufe des Nachmittags, spätestens am Sonnabend zu erwarten. Wohlgeht für der allgemeine Druckanstieg noch etwas rascher, als wie er jetzt einsetzt, so könnte heiteres Wetter auch früher eintreten, was aber kaum der Fall sein wird.“

Strohkommission in Halle. Die S. B. berichtet: Der Strohkommissioner Richard M. früher in Merseburg, hatte im November vor. J. seine Frau zu einem Merseburger Magistratssekretär, der im Nebenanne eine Krankenliste verleiht, zur Abholung von Krankengeldern geschickt. Der Sekretär verweigerte aber die Auszahlung, da die Krankenliste von dem Strohkommissioner noch zu Markt veräußert wurde. Er hatte seine Frau ganz groß und unanständig behandelt und ihr eine unkluge Rede an den Kopf geworfen. Die vom Bürgermeister daraufhin angestellte Untersuchung ergab, daß der Sekretär sich weder unklug, noch überhaupt große Redensarten erlaubt hatte. Gegen die Ehefrau verfuhr M. aber Strafanklage wegen verurteilbarer Beleidigung gestellt worden. Das Merseburger Schöffengericht war jedoch zu der Ansicht gekommen, daß der eigentlich schuldige Teil nicht die Frau, sondern der Mann selbst zu sein scheint. M. ist ein nachlässiger Mensch und habe wegen früherer Differenzen mit dem Sekretär die angeblich zu seiner Frau getanen Verfügungen wahrscheinlich erstanden, um jenen zu schaden. Die Frau war daher vom Schöffengericht freigesprochen worden. Auf die Befragung der Anwaltschaft ist jedoch die hiesige Strafkammer das freisprechende Urteil auf und ex-

Rheumatismus,

Nervenschmerzen, Gelenksentzündungen, Rückenschmerzen, etc.

Blutleiter
mit
Bismut
behandelt.

Gute Heilerfolge
durch
Massage!
Staatlich geprüft, fachm.
Bedienung.

Empf. v.
Herrn Dr.
v. (Rumpf
u. a.)

Dampf- und Warmbad, Leunaerstr. 10.

**Bester
Fussboden-Oellack
mit
billig
ausgiebig**



**Farbe.
hart
dauerhaft.**

„Fürs Haus“

Niemals nachklebend-Giftfrei!

Allein bei Richard Kupper, Central-Drogerie, Markt 17.

Unterzeichnetem Vert. eröffnet am
Freitag, den 4. Juni 1909, abends 7 1/2 Uhr
im oberen Saale des Schuttheil-Restaurants einen

**Unterrichts-Kursus
Stenographie - Sabelsberger**

In der am weit verbreitetsten, leichtesten aufgebauten und beliebtesten
für Herren und Damen gegen mäßiges Honorar.
Voraussetzung zum Erlernen des Maschinenschreibens, sowie
einfacher und doppelter Buchführung.
Anmeldungen erbeten. Blumenhofsstraße 10, Oberburgstraße 11, 2 Tr.
sowie beim Beginn des Unterrichts. (1172)

Der Vorstand.

Feuer- u. Hagelversicherung.

Der sofort gut empfohlener Vertreter für Mülcheln und
Umgebung für bestens eingeführte Gesellschaften gesucht. Das
vorhandene, nicht unbeträchtliche Zulassung wird mit übertragen.
Gef. Bewerbungen unter G. 52560 an Haasenstein &
Vogler, A.-G., Halle a. S. (1167)

Selbständigem, freizügigen,
Pfeffer- und saure Gurken,
Arisolien, Pflanzen, Ring-
äpfel, sämmtliche Gemüse- und
Früchte-Konerven
empfiehlt billigt
Emil Wolff.

Zum 1. Juli, event. auch später,
süchtich bei hohem Lohn ein älteres
zuverlässiges Mädchen,
welches kochen kann und in allen
Hausarbeiten erfahren ist.
Wendungen nimmt am Mittwoch,
den 2. Juni ab entgegen
Frau E. Stollberg,
1159) Dom 3.

Sirichenverpachtung.

Freitag, den 4. Juni, nachm. 3 Uhr,
soll im Gasthof die diesjährige
Sirichenutzung öffentlich meistbietend
und gegen gleich baare Zahlung ver-
pachtet werden.
Benddorf, den 27. Mai 1909.
Der Gemeindevorstand.

Sirichenverpachtung.

Sonnabend, den 5. Juni,
nachmittags 3 Uhr
soll im Gasthof hierelbst, die der
Gemeinde gehörige Sirichen-
nutzung öffentlich meist-
bietend gegen Barzahlung verpachtet
werden. (1175)
Bedingungen im Termin.
Schandorf, den 26. Mai 1909.
Der Gemeindevorstand.

Verkaufe bis auf weiteres:
Schweinefleisch
a Pfd. 70 Pf.
frische u. geräucherter Mett,
Leber- und Schwartenwurst
a Pfd. 70 Pf., bei 5 Pfd. 3 Mt.
5 Pfd. fett. Speck 3 Mt. 50 Pf.
5 Pfd. Schmeer u. fettes Fleisch
3 Mt. 50 Pf.
Hochachtend
Karl Kellermann,
Fleischermeister. (1116)

Zum Feste empfehle:
Junge Bierländer Gänse, Enten u.
Roulets
Frische Mehrräden und Keulen,
hochfeine frische Oder-Norkeln,
frische Erdbeeren, Australische Äpfel,
Sehr frische Äpfelinen,
hochfeinen Afrakani-Caviar,
Fische ger. Lachs und Glib-Nal.
Bestellungen auf Wild und Ge-
fähr erbitte rechtzeitig (1171)
C. Louis Zimmermann.

Zum Feste empfehle:
blaufrische Röhren-Rücken, Keulen,
Blätter und Köstlichkeiten.
1909er Kaiserstuhl-Gänse und
Enten,
junge Poularden, Hähnchen,
Zanben,
Ia. lebende Schilde, stark Nale,
Waltar-Karte-Heln,
große grüne Gurken a 20 Pf.
Emil Wolff.

Die diesjährige Frühjahrs-Ver-
treterversammlung findet am
Sonntag, den 6. Juni 1909,
nachmittags 2 1/2 Uhr
im Saale des Sömpner'schen Gast-
hofes in Kirchfährendorf statt, wozu
wir zur regen Beteiligung einladen.
Tagesordnung:

1. Abgabender Vertreterslegitimationen.
 2. Berichterstattung und Genehmigung des
Protokolls über die Herbstvertreter-
versammlung 1908.
 3. Ehrung von Mitgliefern der Ver-
einsskandale.
 4. Rechnungslegung und Geschäfts-
bericht für 1908.
 5. Bericht über die letzte Versammlung
des Kameraden-Bezirks-Verbandes.
 6. Wahl eines Abgeordneten für den
Abgeordnetenrat des Deutschen
Kriegerbundes und des Preuss-
ischen Landes-Kriegerbundes (vom
3. bis 5. Juli cr. in Eisenach) und
Besprechung der beglücklichen Tages-
ordnung.
 7. Wahl eines Vertreters der Ver-
sicherten für die am 3. Juli cr.
in Eisenach stattfindende Generals-
versammlung der Kameraden und
Vertreterskonferenz des Deutschen
Kriegerbundes. (Wahlberechtigt
sind nur die versicherten Kameraden.)
 8. Anzeigung aus der letzten Tagung
des Kammerbundes.
- Die Kameraden-Bezirksvertreter
werden ersucht, etwaige sonst noch
zur Beratung bestimmte An-
träge schriftlich und zwar bis spä-
testens den 22. ds. Mts. an uns
einzuliefern zu lassen, damit unsere
Berichtungen am 6. Juni cr. so vor-
bereitet werden können, daß eine
wegen der unmittelbaren nach der
Vertreterversammlung stattfindende
Kameradenversammlung des Bezirks
Kirchfährendorf unerwünschte Ver-
sögerung vermieden wird.
Braf d'Haubenstille.

Lichtbad Helios
bleibt die drei
Pfungstfeiertage
geschlossen.



**Klee-
reiter.**
Preisgekrönt,
stark mit allem
Zubehör in der
bekanntesten
guten Qualität,
empfehlen
E. Meigt,
Zimmermeister
Aker-Elbe.

Nur 2 Tage.
Nulandtsplatz. Merseburg.
Der grosse
**Zirkus
Henry.**
Heute abend 8 1/2 Uhr,
Donnerstag, den 27. Mai:
Gala-Premiere.
Das grossartigste Programm, das je hier
gesehen wurde.
18 erstklassige Nummern.
Abis. Morgen, Freitag, den 28. Mai,
nachmittags 4 1/2 Uhr:
Einmalige Extra-Schüler-, Kinder-,
Familien-Vorstellung
halbe Preise für Kinder auf allen Plätzen.
Galerie 30 Pf.
Abends 8 1/2 Uhr:
Unwiderruflich Abschiedsvorstellung.
Kartenvorverkauf im
Zigarrengeschäft Leopold Weissner, Telefon 322.
(1173)

**Der beste
Metall-
Putz**



Globus-
SCHUTZ-
MARKE
SCHUTZ-
MARKE
Putzextrakt
Fabrik-Fritz Schutz jun. A.G. Leipzig
Grand Prix St. Louis 1904 Gold Med. Paris 1903
überall erhältlich

**STOLLWERCK
ADLER-
KAKAO**



Fabriken:
**Köln-Berlin-Pressburg
London-Newyork.**

Für die Redaktion verantwortlich: Rudolf Heine. — Druck und Verlag von Rudolf Heine, Merseburg.